

# KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE IN MARGARETEN



*Soweit in dieser Anfrage/diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.*

***Konsequentes Vorgehen gegen Sozialbetrug und Scheinfirmen- Margareten ist auch betroffen!***

**Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden**

## RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am **05.03.2024** beschließen:

*„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass die Regierung wie auch die Stadt Wien gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden und Sozialbehörden verstärkt auf Lösungen setzt, die eine klare Verhinderung und Bekämpfung von Sozialbetrug und Scheinfirmen zur Folge haben.“*

## Begründung

Für das Jahr 2023 legen die 450 Finanzpolizistinnen und Finanzpolizisten erneut eine überaus erfolgreiche Leistungsbilanz vor. In Summe wurden rund 27.000 Kontrollen durchgeführt und 23,7 Mio. Euro an Strafen beantragt. Diese setzen sich aus 20,1 Mio. Euro von Arbeitsmarktkontrollen und 3,6 Mio. Euro vom illegalen Glücksspiel zusammen. Die Trefferquote ist mit 25 Prozent äußerst hoch und Resultat der zielgerichteten Arbeit der Finanzpolizei sowie einer hohen Anzahl an eingehenden Anzeigen und Verdachtsmeldungen.

### **Arbeitsmarktkontrollen decken Lohn- und Sozialdumping auf**

Arbeitsmarktkontrollen führten zu rund 20,1 Mio. Euro Strafanträgen. Im Jahr 2023 führte die Finanzpolizei in ihren Zuständigkeitsbereichen Arbeitsmarkt und Glücksspiel 26.850 Kontrollen durch. Von 51.356 kontrollierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern waren 4.998 Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer nicht ordnungsgemäß zur Sozialversicherung angemeldet und 3.452 Personen ohne Arbeitserlaubnis illegal tätig. Bei 4.147 Personen wurden Übertretungen des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes festgestellt, 204 Personen wurden trotz Arbeitslosengeldbezuges arbeitend angetroffen.

## **Scheinunternehmen und organisierte Teil-Schwarzarbeit samt Sozialleistungsbetrug als neues „Businessmodell“**

Im Bereich Sozialleistungsbetrug haben sich Anzeigen mehr als verdoppelt. 2022 erfolgten noch 76 Anzeigen, im vergangenen Jahr waren es schon 159. In den meisten Fällen arbeiten dabei Personen schwarz und kassieren nebenbei Arbeitslosengeld oder Mindestsicherung sowie diverse Transferleistungen wie etwa Wohnbeihilfe.

Die Finanzpolizei deckte bereits 2022 eine raffinierte Betrugsmasche in Sachen „Steuer- und Sozialbetrug“ auf – die Teilschwarzbeschäftigung von Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern. Diese werden zwar bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) als Teilzeit-Beschäftigte angemeldet und die auf die Anmeldung entfallenden Sozialversicherungsabgaben sowie die Lohnsteuer werden entrichtet. Allerdings erhalten die Beschäftigten weit mehr Lohn in bar und unversteuert. Um die Auszahlung der Gelder in der Buchhaltung unterzubringen, werden Scheinrechnungen von Scheinfirmen produziert, das Geld wird auch tatsächlich überwiesen, unmittelbar nach der Überweisung aber von Hintermännern bar behoben und als Kick-Back-Zahlung an den Unternehmer (abzüglich einer „Unkostenpauschale“) rückgestellt. Dieser kann nun die Schwarzlohnzahlungen in bar mit unversteuertem Geld durchführen.

### **Dubiose Geldtransfers mit Sozialunterstützungen**

Oftmals erhalten die Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer auch noch Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Wohnbeihilfen, obwohl sie weit mehr verdienen als regulär beschäftigte Personen. Die dubiosen Geldtransfers werden regelmäßig von den Banken im Rahmen der Geldwäscheprävention gemeldet und auch an das Amt für Betrugsbekämpfung übermittelt. Auf Grund dieser Meldungen lässt sich ein Gesamtvolumen an Geldtransaktionen von mehr als 800 Mio. Euro im Jahr identifizieren. Das Modell ist offenbar so erfolgreich, dass auch der Bedarf an Scheinunternehmen gestiegen ist. Allein im Jahr 2023 zog die Finanzpolizei 152 Scheinunternehmen aus dem Verkehr.

### **Scheinfirmen haben auch in Wien-Margareten ihren Firmensitz**

Nach den aktuellen Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen haben bzw. hatten auch 14 Scheinfirmen in Wien-Margareten ihren Firmensitz. Die einschlägigen Adressen befinden bzw. befanden sich in der Schönbrunner Straße, der Rüdiggasse, der Kliebergasse, der Margaretenstraße, der Einsiedlergasse, der Gassergasse, der Spengergasse, der Rampersdorffergasse, der Spengergasse und am Hundsturm. Dieses Problem mit seinen negativen Auswirkungen ist also mitten unter uns.

<https://service.bmf.gv.at/service/allg/lisu/>

## **Sozialstaat muss in Zukunft leistungsfähig bleiben**

Damit der Sozialstaat auch in Zukunft leistungsfähig bleibt, ist es notwendig, das System auch vor Missbrauch zu schützen. Wir müssen unsere Werte verteidigen, unsere Gesellschaft schützen und sicherstellen, dass jene, die unser Land betreten, dies mit Respekt vor unseren Gesetzen und Regeln tun.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Zahlen weiterhin steigen. Wir müssen zusammenstehen, um Missbrauch zu verhindern und unser System gerecht und nachhaltig zu gestalten. Das bedeutet nicht, dass wir unsere Grenzen schließen, sondern dass wir sicherstellen, dass jene, die hereinkommen, dies auf ehrliche und respektvolle Weise tun.

**KO BR Dr. Fritz Simhandl**



**BR Andreas Schön**